

# Neue Töne in München und Berlin

DAS THEMA: NACH DER WAHL IN BAYERN

Die Große Koalition will Lehren aus dem schwachen Ergebnis von CSU und SPD in Bayern ziehen. Dort haben sich viele Wähler von der CSU abgewandt und Grünen oder AfD die Stimme gegeben. Dennoch kommt den Christsozialen erneut die Regierungsbildung zu – voraussichtlich zusammen mit den Freien Wählern

VON ALESSANDRO PEDUTO

**BERLIN/MÜNCHEN** – Das Wort Befreiung beschreibt die Stimmung nach der Bayernwahl wohl am besten, jedenfalls wenn es um CDU, CSU und SPD geht. Während sich Grüne, Freie Wähler und AfD nach dem Wahlsonntag als Sieger im südlichen Freistaat fühlen können, überlegen die Parteien der Großen Koalition, welchen Anteil sie an den Ergebnissen in Bayern haben und vor allem, welche Schlüsse sie daraus ziehen müssen. Bei der CSU dauern die Beratungen gestern besonders lange. Es gibt offenbar erhöhten Redebedarf.

Mit mehr als einer Stunde Verspätung tritt die Führungsriege der Christsozialen am Nachmittag in München vor die Presse. Die Lage ist ernst. Die lange erfolgsverwöhnte Unionspartei hatte am Sonntag ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1950 eingefahren. 10,5 Prozent hat sie verloren. Mit einem Ergebnis von 37,2 Prozent ist die absolute Mehrheit futsch. Künftig ist die CSU auf einen Koalitionspartner angewiesen, vermutlich werden das die Freien Wähler sein. Dass Parteichef Horst Seehofer persönlich Mitverantwortung trägt an diesem historisch schlechten Resultat, legt man einer in der CSU. Doch laute öffentliche Schuldzuweisungen gegen den eigenen Vorsitzenden bleiben zumindest an diesem Tag aus.

Stattdessen gibt sich Seehofer auffallend demütig, auch was die Arbeit der Großen Koalition in Berlin anbelangt. Dort sitzt der CSU-Chef als Bundesinnenminister im Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Die beiden Parteichefs streiten seit nunmehr drei Jahren über die Flüchtlingspolitik. Massive Konflikte zu diesem Thema waren es auch, welche die Union im Sommer an den Rand des Bruchs geführt hatten. Dass dies Wählerstimmen gekostet hat, scheint sich als Erkenntnis durchgesetzt zu haben.

„Wir werden als CSU jetzt auch in Berlin konstruktiv mitwirken“, verspricht Seehofer. Die Partei wolle



Als Rivalen und CSU-Wahlverlierer in Bayern miteinander verbunden: Ministerpräsident Markus Söder und Parteichef Horst Seehofer gestern in München.

„nicht die Ursache für Instabilität“ sein. Was seine eigene Zukunft anbelangt, gibt sich der Parteichef bedeckt. Während andere Vorsitzende nach solchen Niederlagen den Sessel räumen, trägt sich Seehofer derzeit offenbar nicht mit derlei Gedanken. „Ich führe keine Personaldiskussion“, stellt er bereits am Morgen auf dem Weg zu den Beratungen in die CSU-Zentrale klar. Am Nachmittag fügt er dann hinzu, jetzt geht es zunächst um Sondierungen und Koalitionsverhandlungen in Bayern. Danach werde es dann eine tiefgreifende Analyse des Wahlergebnisses geben, strategisch, programmatisch und gegebenenfalls „auch persönlich“.

Auf die Frage eines Journalisten nach einem Rücktritt sagt Seehofer

mit schelmischem Lächeln, jetzt sei erst einmal Ministerpräsident Markus Söder mit der Regierungsbildung dran. Söder steht in diesem Moment direkt neben Seehofer und fragt eher mäßig belustigt zurück: „Also liegt’s an mir?“ Ansonsten klingt auch Söder recht versöhnlich. „Demut vor dem Ergebnis, Verantwortung für das Land“, beschreibt er seine Haltung. Söder spricht viel von Stabilität. Es wird klar, dass hier jemand einen neuen Ton anschlagen will.

Insgesamt wirkt es so, als wolle die CSU Zeit gewinnen – wenigstens bis zur Landtagswahl in Hessen in zwei Wochen. Dort könnte der regierende CDU eine Schlappe drohen. Ministerpräsident Volker Bouffier, zugleich Vize-Bundesvorsitzen-

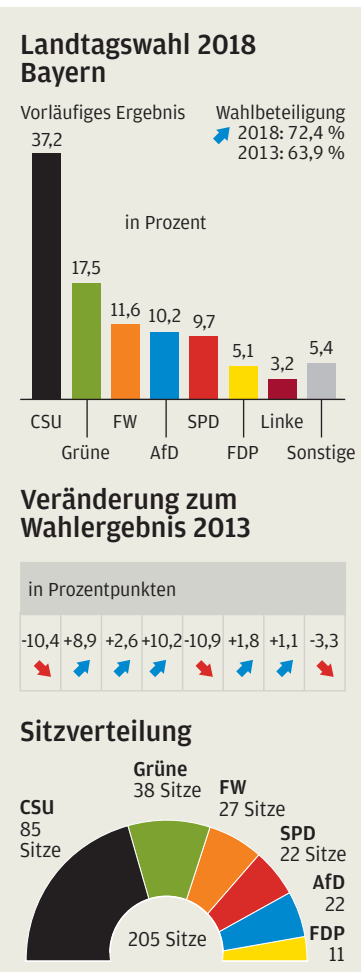
„Wir werden als CSU jetzt auch in Berlin konstruktiv mitwirken.“

Horst Seehofer CSU-Vorsitzender und Bundesinnenminister

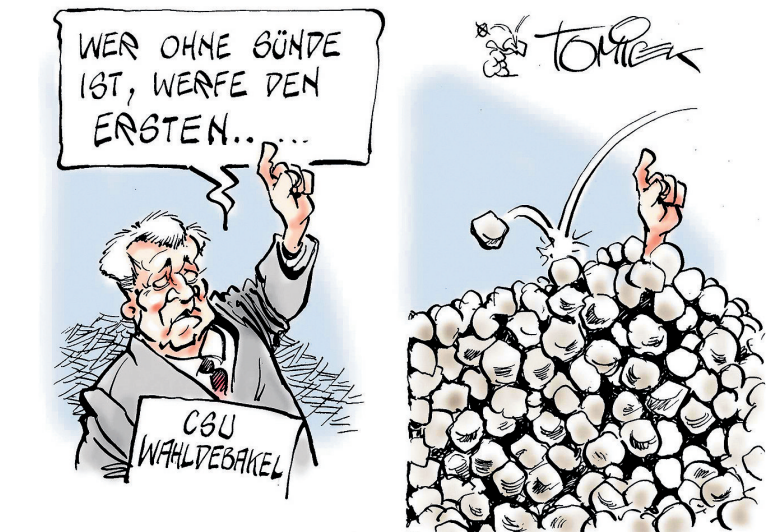
der der CDU, hatte Seehofer kurz vor der Bayern-Wahl gehörig eingeschenkt und ihm für das misere Erscheinungsbild der Bundesregierung eine Mitschuld gegeben. Bouffier sagte in einem Interview: „Die CSU hat die Union in der letzten Zeit viel Vertrauen gekostet. Man kann nicht über Monate den Eindruck erwecken, dass vieles durcheinander geht und die Regierung nicht handlungsfähig ist, und dann erwarten, dass die Leute der Union vertrauen.“ Ohne Seehofer direkt zu erwähnen, betont auch die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel gestern in Berlin, dass sich etwas ändern muss. „Selbst bei besten Wirtschaftsdaten, bei fast Vollbeschäftigung in fast allen Teilen Bayerns reicht das für die Menschen noch

nicht aus, wenn etwas nicht da ist, was eben so wichtig ist, und das ist Vertrauen: Vertrauen in die politischen Akteure“, sagt Merkel. Hier von sei in den letzten zwölf Monaten viel verlorengegangen. Dies gelte auch für die Unionsparteien, von denen man erwarte, dass sie gemeinsam agierten. Ihre Lehre aus dem Wahltag sei, „dass ich auch als Bundeskanzlerin dieser Großen Koalition stärker dafür Sorge tragen muss, dass dieses Vertrauen da ist und damit auch die Resultate unserer Arbeit sichtbar werden.“ Das werde sie mit allem Nachdruck tun.

Dass etwas anders werden muss, betont auch die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles. Auch ihre Partei blickt gegen die Hessen-Wahl. Gestern macht Nahles „die schlech-



FP Ariane Böhner Quelle: ARD, Infratest dimap



Klarstellung.

KARIKATUR: TOMIX

## LEITARTIKEL Die SPD im freien Fall

VON STEPHAN LORENZ

- Schockstarre nach der Bayernwahl bei der SPD
- Große Koalition in Berlin blickt jetzt gebannt nach Hessen
- Spitzen von SPD und CDU gehen Anfang November in Klausur

Unverschämtes Glück hatte CSU-Ministerpräsident Markus Söder bei der Wahl in Bayern. Trotz empfindlicher Klatsche kann die CSU als klar stärkste Partei weiterregieren – wohl mit den Freien Wählern. Man kennt sich, man hasst sich, aber irgendwie wird das schon gehen mit den Zweien auf der Regierungsbank.

Es gibt Schlimmeres. Der Zustand der SPD etwa. Wer wissen wollte, wie Verlierer aussehen, der musste nur in die Gesichter der Sozialdemokraten in München und in Berlin blicken. Die SPD war der eigentliche Verlierer des Abends, nicht Söder. Die integrierende Spitzenkandidatin Natascha Kohnen, fleißig und kämpferisch im Wahlkampf in Bayern unterwegs, war zu bedauern. Sie hätte sich nicht zu Unrecht gewünscht, dass die Bundespartei ihr nicht den ohnehin schon schwierigen Wahlkampf verahgelt. Hat sie aber.

Blankes Entsetzen und Ratlosigkeit bei den wenigen Sozialdemokraten, die sich vor die Kamera trauen. Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles, erste Frau an der Spitze in der 155-jährigen Geschichte der einst so stolzen SPD, wirkt angeschlagen – und zunehmend ratlos. Man wartet die Wahl in Hessen in zwei Wochen noch ab. Ja, aber was soll dann besser werden? Auch in Hessen wird die SPD laut Umfragen nicht gewinnen, allenfalls mit etwas über 20 Prozent als Juniorpartner der CDU infrage kommen.

Mit der Hessenwahl könnte das Totenglocklein für die Große Koalition in Berlin läuten. In der Anhängerschaft wird das Geschacher und Gepolter als Wurzel aller Übels ausgemacht. Seehofer-Streit, Diesel-Affäre, Maaßen-Personalie: Immer wieder die SPD als der Partner, der über den Tisch gezogen wurde und um des Machterhalts willen klein beigab. Das kommt weder bei den eigenen Anhängern gut an noch bei den Wählern.

Erneuerung in der Opposition ist die einzige Chance für die SPD, sa-

gen Kritiker der Groko. Als Juniorpartner von Kanzlerin Angela Merkel wird die Lage für die SPD in der Tat immer schlimmer, aber wird sie auf den Oppositionsbänken wirklich besser? Zweifel sind angesagt. Wer könnten die potenziellen sozialdemokratischen Wähler der Zukunft sein, wie könnte das Konzept der SPD aussehen? Seit 1998 mit der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder hat sich die Partei von einer sozialen Bewegung zu einer sich auf die

## Mit der Landtagswahl in Hessen könnte das Totenglocklein für die Große Koalition in Berlin läuten.

Wirklichkeit einlassenden Regierungspartei der politischen Mitte gewandelt. Prinzipien blieben dabei auf der Strecke. Die Schröderschen Sozialreformen mögen volkswirtschaftlich erfolgreich gewesen sein, aber sie haben Vertrauen enttäuscht, das gerade die unteren Schichten der SPD 1998 noch entgegengebracht hatten. Vertrauen aber ist ein besonders elementares, aber auch hochfragiles Kapital bei Wählern und in Zeiten, in denen überlieferte Loyalitäten nicht mehr selbstverständlich verfügbar sind. Die derzeitige Führungsriege der SPD aber steht für das Alte, für Hartz IV. Die Partei muss damit endlich ins Reine kommen. Ja, das Thema „Soziale Gerechtigkeit in einer globalisierten Welt“ wäre ein Zukunftskonzept wert, aber das ist im gesamten linken Spektrum noch nicht in Sicht.

stephan.lorenz@freiepresse.de

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Medien Union GmbH Ludwigshafen Verlag: Chemnitz Verlag und Druck GmbH & Co. KG, 09111 Chemnitz, Brückenastraße 15 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261 **Telefon:** 0371 6560 **Telefax Redaktion:** 0371 656-17084 **Telefax Anzeigen:** 0371 656-17077 **Internet:** www.freiepresse.de **E-Mail:** die.tageszeitung@freiepresse.de **Geschäftsführer:** Ulrich Lingnau **Chefredakteur:** Torsten Kleiditzsch (verantwortlich für den redaktionellen Teil) **Stellvertretende Chefredakteure:** Udo Lindner, Jana Klammeth **Mitglied der Chefredaktion:** Sascha Aürlich **Anzeigenleitung:** Gesamt: Tobias Schniggentitt (verantwortlich für den Anzeigenteil) National: Alexander Arnold **Leiter Leserkontakt:** Arne Stück

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 31,10 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 39,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweiterwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.

## Woher sie kamen und wohin sie gingen

Die Wählerwanderungen zeigen das Dilemma der Sozialdemokraten – CSU verliert viele Stimmen an die Grünen

**MÜNCHEN** – Die alten Volksparteien CSU und SPD haben bei der bayerischen Landtagswahl stark an Zustimmung verloren. Zugute kam das vor allem den Grünen, wie eine Analyse der Wählerwanderungen zeigt. Die Umweltpartei konnte laut einer Befragung von Infratest dimap rund 200.000 Wähler für sich gewinnen, die bei der Landtagswahl 2013 noch die SPD gewählt hatten. Weitere 170.000 Wähler wechselten von den Christsozialen zu den Grünen, obwohl die CSU zum Ende des Wahlkampfes noch die CSU zu ihrem klaren politischen Gegner erklärt hatte.

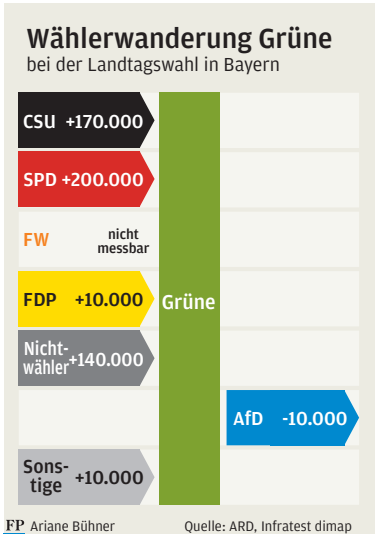
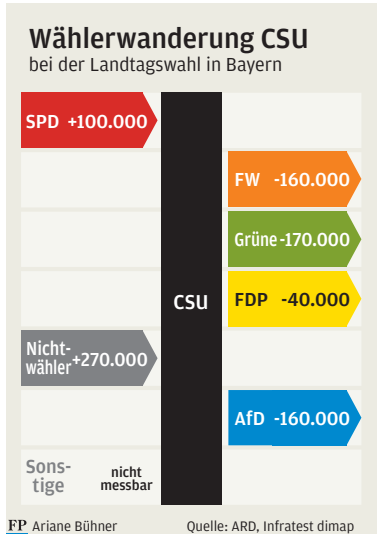
Trotzdem entschieden sich auch rund 160.000 bisherige CSU-Wähler für die AfD. „Das ist die Flüchtlingspolitik von Horst Seehofer, die eine Wählergruppe Richtung AfD und die andere Richtung Grüne getrieben hat“, sagte der Kommunikationswissenschaftler Frank Bretschneider von der Universität Hohenheim. Also kann man sagen, dass die, denen der gefühlte Rechtsruck der CSU in Sachen Flüchtlings- und Asylpolitik zu hart war, zu den Grünen überliefen – und wer mehr Härte wollte, zur AfD wechselte.

Rund 160.000 Ex-CSU-Anhänger entschieden sich diesmal für die Freien Wähler, die plötzlich Regierungspartei werden können. Und den großen Vorteil haben, dass sie keine Rücksichten auf Berliner Verhältnisse nehmen, sondern nur Bayern im Kopf haben müssen. Für kon-

servative Wähler, die sich von der Regierungspartei enttäuscht fühlen, erwiesen sich die Freien Wähler als Alternative zur AfD, der in diesem Fall die mangelnde Abgrenzung zu Rechtsextremem und Neonazis geschadet haben könnte. Bei der Bundestagswahl hatte die AfD bayernweit ein Ergebnis von 12,4 Prozent eingefahren, hinter dem sie jetzt mit 10,2 Prozent zurückblieb. Das sah gestern auch die AfD-Spitzenkandidatin in Niederbayern, Katrin Ebner-Steiner, so. Nach ihrer Darstellung haben die Ausschreitungen in Chemnitz ihrer Partei im Wahlkampf geschadet: „Seit Chemnitz haben die Freien Wähler an Boden gewonnen. Und von daher ha-

ben wir auch etwas schlechter abgeschnitten als erwartet.“ Im Zusammenhang mit den Protesten in Chemnitz Anfang September habe es eine „Hetzjagd“ auf die AfD gegeben. Ihre Partei sei „von der CSU und von der Linken mit der Nazikeule attackiert“ worden. Dies habe einige bürgerliche Wähler verschreckt. „Das historische schlechte Abschneiden der Sozialdemokraten in Bayern lässt sich durch die Wählerwanderung gut abbilden. Die SPD verlor Wähler an alle anderen Parteien. Zudem konnte die SPD als einzige Partei gar keine Nichtwähler für sich gewinnen. Während die Grünen immerhin 140.000 vorherige Nichtwähler mobilisieren konn-

ten und die CSU sogar rund 270.000 Nichtwähler für sich an die Urnen holt, gingen die Sozialdemokraten leer aus. In Summe kamen den Sozialdemokraten deshalb rund 480.000 Stimmen anhanden. Der demografische Wandel in Bayern geht auch nicht an der CSU vorbei. Wegen des Altersprofils der klassischen CSU-Wähler muss die Partei auch in Zukunft mit Verlusten rechnen. 240.000 Wähler, die bei der letzten Landtagswahl noch die CSU gewählt hatten, sind mittlerweile verstorben. Das konnten die Christsozialen bei den Erstwählern nicht wettmachen. Nur 90.000 Erstwähler machten ihr Kreuz bei der CSU. [ou] mit dpa



FP Ariane Böhner Quelle: ARD, Infratest dimap

FP Ariane Böhner Quelle: ARD, Infratest dimap

FP Ariane Böhner Quelle: ARD, Infratest dimap

## Freie Wähler als bessere CSU

Politikforscher: Eine strukturkonservative Partei mit kommunaler Verankerung



FOTO: MATTHIAS BALK/DPA

„Die CSU muss sich von einigen Größenwahnprojekten verabschieden.“

Deutschlands, neben Bayern auch in Baden-Württemberg. Und da vor allem in den ländlichen Gegenden auf kommunaler Ebene“, erklärt Stefan Wurster, Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule für Politik München. Sie sammeln bürgerliche Wähler, denen die CSU zu staatstragend und zu verfilzt wurde. „Sie haben die neutrale Möglichkeit geboten, in den Gemeinderäten mitzureden und gegebenenfalls selbst für ein Amt ohne CSU-Ticket anzutreten.“

Vor rund 25 Jahren etwa begann die parteiintern heftig umstrittene Diskussion über eine landesweite

Ausweitung. Seit 2008 sitzen die Freien Wähler im Landtag. „Ideologisch ist die Nähe zur CSU in der Tat sehr groß, weil viele von den Freien Wählern früher in der CSU waren. Fleisch vom Fleische der CSU. Die Schnittmengen sind groß. Aber die Freien Wähler bedienen viel stärker die Gemeinden in ländlichen Räumen. Es ist eine Art Kümmererpartei mit kommunaler Expertise.“

Was das der Weg zum Erfolg? Wurster: „Viele Mitglieder haben eine Affinität zu bürgerlichen Parteien und sie selbst nehmen für sich in Anspruch, die bessere CSU zu sein.“ Das zu zeigen, dazu dürften die Freien Wähler bald im Münchner Landtag Gelegenheit haben – als Juniorpartner jener CSU, die sie einst als „Freierpartei“ bekämpfte hatte. Laut Wurster müssen die Freien Wähler aber aufpassen, dass sie im Regierungslager nicht ihren „Charme der neutralen, kleinen Protestpartei“ verlieren. Ja, es gebe in ihren Reihen auch ein paar sehr kritische Stimmen in Flüchtlingsfragen, aber im Grundsatz seien die Freien Wähler keine populistische Partei wie die AfD. Wurster: „Die Freien Wähler wollen mit ihrer kommunalen Verankerung eine unideologische, sachgerechte Politik machen. Da unterschneiden sie sich klar von der AfD. Sie mögen rechts von der CSU stehen, strukturkonservativ und traditionell sein, aber extremistisch sind sie nicht.“ [so]

## Angst vor einem ungeordneten Brexit wächst

Zeit für Austrittsvertrag drängt – Nordirland ungeklärt

**BRÜSSEL** – Es könnte eine Schicksalsstunde für die EU werden, wenn sich die EU-Staats- und Regierungschefs morgen in Brüssel zu Beratungen über den Brexit treffen. Fast eineinhalb Jahre wird der Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft nun schon verhandelt. Und doch hakt es weiter. Die „Freie Presse“ hat die wichtigsten Fragen und Antworten rund um den Brexit zusammengestellt.

### Warum ist dieses Gipftreffen morgen so wichtig?

Ein Austrittsvertrag muss in dieser Woche eigentlich fertig sein. Denn er muss noch von Europäischen Parlament und den Volksvertretungen der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Dafür sind einige Monate Vorlauf nötig, um den Termin am 29. März 2019 zu erreichen. Dann tritt das Königreich offiziell aus.

### Kann man den Austritt nicht einfach verschieben?

Nein, das Austrittsverfahren nach Artikel 50 der Europäischen Verträge legt fest, dass die Kündigung der Mitgliedschaft zwei Jahre nach Einreichen des Antrags automatisch in Kraft tritt.

### Deal, No Deal, harter und weicher Brexit – was hat es damit auf sich?

Unter einem Deal verstehen die Verhandler einen Austrittsvertrag so wie eine „politische Erklärung“ mit Eckpunkten über das künftige Verhältnis zwischen London und Brüssel, das in der Übergangphase konkret festlegen soll – unter welchen Auflagen beispielsweise Großbritannien Zutritt zum Binnenmarkt hat oder wie andere EU-Gesetze (zum Beispiel Roaming-freies Telefonieren) demnachst geregelt sind. May hat mehrfach den klaren Bruch mit Brüssel versprochen und den Verbleib in der Zollunion und im gemeinsamen Binnenmarkt ausgeschlossen. Es wäre ein harter Brexit. Bei einem von EU-Freunden bevorzugten weichen Brexit würde das Königreich eine ähnlich enge Anbindung an die EU suchen wie Norwegen inklusive vollem Zugang zum Binnenmarkt und fortdauernder Personalfreizügigkeit. Bei einem No-Deal-Szenario handelt es sich um einen ungeordneten Austritt, der für die Wirtschaft auf beiden Seiten des Ärmelkanals drastische Folgen haben könnte. Dann sind von einem Tag auf den anderen

alle britischen Zertifikate oder Vorschriften für die EU ungültig.

### Welche Folgen hätte ein harter Bruch zum Beispiel für Deutschland?

Großbritannien ist ein wichtiger Handelspartner für die Bundesrepublik. Das bilaterale Außenhandelsvolumen beträgt rund 1,20 Milliarden Euro pro Jahr, das sind 1,4 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung. Ohne einen geregelten Austritt wäre das also auch für die hiesige Wirtschaft ein herber Rückschlag.

### Was ist mit Nordirland?

Das ist das Kernproblem in den Verhandlungen. Nordirland als Teil des Vereinigten Königreichs verlässt die EU, was zu einer künftigen Grenze zur Republik Irland führt. Das Karfreitagsabkommen, das 1998 nach dem jahrzehntelangen Unruhen beschlossen wurde, verbietet aber eine harte Grenze zwischen den beiden Staaten und sowohl London als auch Brüssel sind sich einig, dass sie den Friedensprozess in Nordirland nicht gefährden wollen. Die EU und May hätten deshalb eine Auffanglösung, den Backstop, ausgehandelt, nach der Nordirland zunächst Teil der Zollunion mit der Gemeinschaft und als eine Art Sonderzone im EU-Regelwerk bliebe, bis eine bessere Lösung gefunden wird. Sowohl die Hardliner in Mays Partei lehnen diese Option ab als auch die nordirische Unionistenpartei DUP. Als Kompromiss war im Gespräch, dass das gesamte Land vorübergehend in einer Zollunion verbleiben und Nordirland zudem weiterhin am EU-Binnenmarkt für Güter teilnehmen könnte. Doch niemand weiß, ob May diese Variante durch das Parlament bekommen würde.

### FALL SKRIPAL

## EU ebnet Weg für Sanktionen

**LUXEMBURG** – Die EU hat den Weg für Sanktionen im Fall des Nervengift-Anschlags auf den ehemaligen russischen Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia gebnet. Die EU-Außenminister beschlossen in Luxemburg eine neue Regelung für restriktive Maßnahmen gegen den Einsatz und die Verbreitung chemischer Waffen. Sie soll es ermöglichen, Vermögen von daran beteiligten Personen und Einrichtungen zu sperren und EU-Einreiseverbote zu verhängen. Bei dem Anschlag im britischen Salisbury waren Anfang März der frühere Doppelagent Skripal und seine Tochter vergiftet worden. [dpa]

### WASUNG/ISTANBUL

**WASHINGTON/ISTANBUL** – Knapp zwei Wochen nach dem Verschwinden des Journalisten Dschamal Chaschukdschi haben türkische und saudische Ermittler mit der Durchsuchung des Istanbuler Konsulats begonnen. Das meldete der Sender CNN Türk gestern. Die Ermittler erhoffen sich dadurch Aufklärung um den Verbleib des saudischen Regimekritikers und Journalisten, der das Konsulat am 2. Oktober betreten hat und nicht mehr herausgekommen war.

### INTERVIEW

## Trump bestreitet Klimawandel nicht

**WASHINGTON** – US-Präsident Donald Trump hält den Klimawandel inzwischen für Realität, zweifelt aber an einer Verantwortung der Menschheit dafür. „Ich bestreite Klimawandel nicht“, sagte Trump in einem Interview. „Aber er könnte nicht wieder zurückgehen.“ Er wisse zudem nicht, ob Analysen zuträfen, wonach die Menschheit für die globale Erderwärmung verantwortlich sei. In der Zeit vor seiner Präsidentschaft hatte Trump wiederholt über Warnungen vor Klimawandel gepostet. 2013 schrieb er auf Twitter: „Globale Erderwärmung ist ein totaler, und sehr teuer, Scherz!“ [dpa]

## ANTISEMITISMUS AfD will Gedeon aus Partei ausschließen

**BERLIN** – Die AfD hat einen neuen Anlauf genommen, um den Stuttgarter Landtagsabgeordneten Wolfgang Gedeon wegen Äußerungen über Juden aus der Partei zu werfen. Der Bundesvorstand der Partei sprach sich gestern einstimmig für ein Parteiausschlussverfahren aus. Antisemitismusrwürfe gegen Gedeon hatten 2016 vorübergehend zur Spaltung der AfD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag geführt. Gedeon gehört dem Landesparlament derzeit als fraktionsloser Abgeordneter an. Er ist aber weiterhin Mitglied der AfD. [dpa]

## DEUTSCHLAND

## Zuzug 2017 stärker als Abwanderung

**WIESBADEN** – Im vergangenen Jahr sind 416.000 Menschen mehr nach Deutschland gekommen als gegangen. Dem Zuzug von 1,551 Millionen Menschen stand der Wegzug von 1,135 Millionen gegenüber, wie das Statistische Bundesamt gestern mitteilte. 2016 lag der Wanderungsschuss mit 500.000 Menschen noch höher. Unter den Zugezogenen waren 2017 fast 90 Prozent (1,384 Millionen) Ausländer. 865.000 der Weggezogenen hatten ebenfalls einen ausländischen Pass. Die Anzahl der Zuzüge von Deutschen ist von 146.000 auf 167.000 Menschen gestiegen. Zugleich sind mit 249.000 (2016: 281.000) weniger Deutsche ins Ausland weggezogen. [dpa]

## FALL SKRIPAL

## EU ebnet Weg für Sanktionen

**LUXEMBURG** – Die EU hat den Weg für Sanktionen im Fall des Nervengift-Anschlags auf den ehemaligen russischen Doppelagent Sergej Skripal und seine Tochter Julia gebnet. Die EU-Außenminister beschlossen in Luxemburg eine neue Regelung für restriktive Maßnahmen gegen den Einsatz und die Verbreitung chemischer Waffen. Sie soll es ermöglichen, Vermögen von daran beteiligten Personen und Einrichtungen zu sperren und EU-Einreiseverbote zu verhängen. Bei dem Anschlag im britischen Salisbury waren Anfang März der frühere Doppelagent Skripal und seine Tochter vergiftet worden. [dpa]

### WASUNG/ISTANBUL

**WASHINGTON/ISTANBUL** – Knapp zwei Wochen nach dem Verschwinden des Journalisten Dschamal Chaschukdschi haben türkische und saudische Ermittler mit der Durchsuchung des Istanbuler Konsulats begonnen. Das meldete der Sender CNN Türk gestern. Die Ermittler erhoffen sich dadurch Aufklärung um den Verbleib des saudischen Regimekritikers und Journalisten, der das Konsulat am 2. Oktober betreten hat und nicht mehr herausgekommen war.

### INTERVIEW

## Trump bestreitet Klimawandel nicht

**WASHINGTON** – US-Präsident Donald Trump hält den Klimawandel inzwischen für Realität, zweifelt aber an einer Verantwortung der Menschheit dafür. „Ich bestreite Klimawandel nicht“, sagte Trump in einem Interview. „Aber er könnte nicht wieder zurückgehen.“ Er wisse zudem nicht, ob Analysen zuträfen, wonach die Menschheit für die globale Erderwärmung verantwortlich sei. In der Zeit vor seiner Präsidentschaft hatte Trump wiederholt über Warnungen vor Klimawandel gepostet. 2013 schrieb er auf Twitter: „Globale Erderwärmung ist ein totaler, und sehr teuer, Scherz!“ [dpa]